

Reformen setzen Information voraus

Autor(en): **Regenass, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **69 (1982)**

Heft 18: **Schulreform in Diskussion**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-535522>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reformen setzen Information voraus

René Regenass

Erlebnis Nummer 1: Vor Wochen sprachen wir im Kreis von Bekannten von der Schule. Ich erwähnte die «Orientierungsstufe». Eine Mutter von zwei Kindern – 12 und 14 Jahre alt – fragte zurück: «Was ist das, die Orientierungsstufe?» – In den Luzerner Zeitungen wird seit rund zehn Jahren über die Orientierungsstufe (Oberstufenreform) und über die politischen Schritte berichtet.

Erlebnis Nummer 2: Im Gespräch mit einem kantonalen Parlamentarier rede ich von der Erprobung des Lehrplanes «Sachunterricht». Er erkundigt sich, was das sei. – Im Kanton Luzern arbeitet eine vom Erziehungsdepartement eingesetzte Kommission seit rund fünf Jahren an diesem Projekt. Im Mitteilungsblatt des Departementes wurde verschiedentlich darüber geschrieben.

Diese Erlebnisse bestätigten mir eine Vermutung, die mich in meinem Beruf als Journalist immer stärker beunruhigt. Die Vermutung ist nicht neu, aber sie wird ständig konkreter und allmählich Überzeugung: Die Mühe mit Schulreformen, mit Reformanliegen allgemein, ist beim Durchschnittsbürger und weitgehend auch beim Durchschnittspolitiker ein Informationsproblem. Ich sage bewusst «weitgehend» und räume damit der politisch begründeten Gegnerschaft, die auf einer erarbeiteten Meinung aufbaut, ihren Stellenwert ein.

Wer nichts weiss, ist ansprechbar

Obwohl die Information über Reformprojekte der Schule theoretisch vorhanden ist, wird sie nicht aufgenommen. Es wäre zu untersuchen, wo die Gründe dafür liegen: entweder wird die Information schlecht «verkauft», oder dann ist der Adressat derart mit andern Informationsangeboten überlastet, dass er für Anspruchsvolleres nicht mehr aufnahmefähig ist.

Dieser Mangel an Information – am Informiertsein – wirkt sich aber nicht nur als Nachteil gegenüber den Reformbestrebungen der Schule aus, sondern erleichtert es jenem Poli-

tiker, der nichts von Reformen wissen will, ganz gewaltig, den nichtwissenden Bürger gegen die Bestrebungen der Erziehungsfachleute aufzuwiegeln. Er braucht nur einmal mit beschwörender Geste den Mahnfinger zu heben und den Eltern zuzurufen «Gebt acht, euer Kind soll noch mehr mit Wissen vollgestopft werden», und schon sind sämtliche gut gemeinten Bestrebungen für eine menschlichere, mehr auf das Kind ausgerichtete Schule im Eimer. So einfach ist das... und so enorm schwierig zu verhindern.

Vielschichtige Gegnerschaft

Warum gibt es denn so viele Politiker, die gegen Schulreformen anrennen? Wer im Parlament und auch bei Diskussionen am Biertisch aufmerksam zuhört, kann vordergründige, leicht erkennbare Argumente, aber auch eine versteckte, fast im Untergrund wirkende Gegnerschaft ausmachen. Zu den offen fechtenden Parlamentariern, die gegen Schulreformen antreten, zähle ich jene senkrechten, mit beiden Beinen auf dem Boden stehenden Bürger, die gegen alles neue, vor allem gegen Experimente sind, immer wieder ihre Jugendzeit bemühen und sagen, es sei früher auch gegangen. Das ist für meinen Begriff die Kategorie der Ehrlichen, und sie ist nicht klein an der Zahl. Ähnlich, aber schon nicht mehr so leicht einstuftbar, kommt jenes vordergründige Argument daher, das den Schüler vor mehr Belastung schützen möchte. Wobei 99 von 100 Parlamentariern sich in Allgemeinplätzen ergehen, wenn sie konkrete, durch Reformen ausgelöste Mehrbelastungen aufzählen müssen. Die eher im Hintergrund, oft auch im Untergrund wirkende Gegnerschaft von Schulreformen ist die gefährlichste. Sie beharrt auf Grund gesellschaftspolitischer Überzeugungen auf Traditionen und Wertvorstellungen, die vom weitaus grössten Teil der jungen Generation nicht durchwegs abgelehnt, aber nicht mehr im gleichen Sinn verstanden werden. Ich denke an Begriffe wie Familie, Ge-

meinschaft, Arbeit, Geld, Freizeit, Sicherheit, Leben schlechthin. Wenn nun über Schulreformen versucht wird, solche Begriffe nicht nur aus der Tradition heraus zu umschreiben, sondern die etwas breitere Sicht für mögliche Veränderungen, neue Erkenntnisse und Erfahrungen in den Lehrplan einfließen zu lassen, dann schreiten diese Konservativen unter den Bürgerlichen – oft im Religiösen verfangene, von blindem Eifer erfasste Leute – zum Angriff. Sie schreiben Briefe, beschwören die Moral, drohen mit Aktionen gegen Behördemitglieder und setzen verantwortliche Leute unter Druck. Solche Gegnerschaft kann ernüchternd sein, widerwärtig, auch einschüchternd und lähmend. Obwohl sie in den wenigsten Fällen ihr angestrebtes Ziel – totale Verhinderung eines Projekts, Abberufung dieser oder jener politisch nicht genehmen Leute – erreicht, profitiert auch diese Gegnerschaft wieder vom mangelhaften Informationsstand der angesprochenen Umgebung. Sie braucht ein paar schlecht informierten Parlamentariern nur den Teufel an die Wand zu malen und von linker Unterwanderung im Erziehungsbe- reich zu reden, und die beabsichtigte Schneeballwirkung ist da.

Erklären und zeigen

Was ich damit sagen möchte: Wenn Reformprojekte Erfolg haben sollten, müssten sie von Fachleuten aus dem Bereich der Information begleitet werden. Mit einer regierungsrätlichen Botschaft, und wenn's gut geht noch mit

einer begleitenden Pressekonferenz, ist heute kein Reformprojekt mehr über die Runden zu bringen. Solche Reformanliegen müssten in ihrer ganzen Breite und Konsequenz schon vorher beim Direktbetroffenen, beim Schüler, bei seinen Eltern, beim Lehrer erklärt und begründet sein.

Um auch hier konkret zu werden: Im Fall der Orientierungsstufe hätte man den Eltern anhand von Beispielen (aus dem Ausland, aus Genf, aus dem Tessin) zeigen müssen, wie die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schultypen funktioniert und wie das Kind davon profitieren könnte. Und das Gleiche müsste bei den Lehrern und bei den Politikern geschehen, damit jene, die noch für Experimente zu haben sind, einen Wissensstand erreichen, der eine kompetente Argumentation erlaubt. Mit theoretischen Begriffen wie «Durchlässigkeit» und «typenübergreifendem Unterricht» können die meisten Eltern und viele Politiker wenig oder nichts anfangen. Falls sie trotzdem noch einigermaßen verstehen, was damit gemeint ist, so reicht dieser theoretische Wissensstand eben noch lange nicht, um andere fragende Eltern oder Politiker über die Auswirkungen in der Praxis zu informieren.

Ich bin überzeugt: Heute entscheiden Politiker über Schulreformen – und nicht nur über das – die aufgrund ihres mangelhaften Wissens gar nicht entscheidungsfähig sind. Wenn es gelänge, diese Informationslücke zu schliessen, könnte vermutlich manche Enttäuschung oder Konfrontation vermieden werden.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Die Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen bleibt in Genf

Neuer Finanzierungsschlüssel

Mit der Verlegung des Sekretariats der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) von Genf nach Bern – sie soll auf den Herbst 1983 erfolgen – und der damit verbundenen Abtrennung von der Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen ist

auch eine organisatorische und finanzielle Neuregelung nötig geworden. Der Bundesrat hat nun den Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) ermächtigt, das revidierte Statut der Dokumentationsstelle im Namen der Landesregierung zu unterzeichnen.

Im Oktober 1979 hatten die Erziehungsdirektoren beschlossen, die Dokumentationsstelle in Genf und die Schweizerische Koordinationsstelle für Bil-